



# Internationale Beratung Pacem in Terris New York

19. März 1965

Bericht Nr. 235/65 über die internationale Beratung »Pacem in terris« in New York vom 18. bis 20. Februar 1965 und die Teilnahme von Vertretern der DDR

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 1022, Bl. 1-7 (8. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Stoph, Verner, Winzer, Barth (über HA XX/4) – MfS: Schröder (weiter an HA XX/4), HV A VII.

Vom 18. bis 20.2.1965 fand in New York eine internationale Beratung statt,<sup>1</sup> die unter dem Motto der Enzyklika von Papst Johannes XXIII. »Pacem in terris«<sup>2</sup> stand. Sie wurde auf Initiative einer Gruppe von Wissenschaftlern und Intellektuellen aus mehreren Ländern vom amerikanischen Zentrum für das Studium demokratischer Institutionen<sup>3</sup> und der Johnson Stiftung<sup>4</sup> veranstaltet. Als Beratungsthema sah das Programm der Veranstaltung die universelle Idee der Zusammenarbeit von Nationen mit unterschiedlichen ideologischen und sozialen Systemen, die Beilegung von Konflikten durch Verhandlungen, die Notwendigkeit schneller Fortschritte in Richtung einer konventionellen und atomaren Abrüstung, die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Nationen und die weitere Entwicklung und Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen vor. Insgesamt nahmen ca. 2 000 Vertreter aus zahlreichen Ländern an der Beratung teil. Sie traten jedoch formell nicht als offizielle Repräsentanten ihrer Länder, sondern als Vertreter ihrer persönlichen Ansichten auf. Prominenteste Teilnehmer waren: UN-Generalsekretär U Thant,<sup>5</sup> der Präsident der derzeitigen UN-Vollversammlung Quaison Sackey,<sup>6</sup> der amerikanische Vizepräsident Humphrey,<sup>7</sup> Senator Fulbright,<sup>8</sup> der ehemalige amerikanische Botschafter in Belgrad Kennan,<sup>9</sup> Nobelpreisträger Pauling,<sup>10</sup> der italienische Vizepräsident Nenni,<sup>11</sup> der belgische Außenminister Spaak,<sup>12</sup> der Vizepräsident des westdeutschen Bundestages Schmid,<sup>13</sup> der Baden-Württembergische Ministerpräsident Kiesinger,<sup>14</sup> der britische Historiker Toynbee<sup>15</sup> und die Vertreter mehrerer afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Staaten bei den UN. Für Herbst dieses Jahres ist eine Fortsetzung der Beratung in einem kleineren Kreis geplant. Von sowjetischer Seite nahmen der Direktor des Instituts für Geschichte der sowjetischen Akademie der Wissenschaften Shukow<sup>16</sup> und der Stellv. Chefredakteur der »Prawda« Inosemzew<sup>17</sup> teil.<sup>18</sup> Sie sprachen zu Fragen der Beilegung internationaler Streitigkeiten auf dem Verhandlungswege und einer europäischen Friedensordnung einschließlich der Verhinderung einer atomaren Bewaffnung Westdeutschlands.<sup>19</sup>

Für die DDR hatte ursprünglich Prof. Steiniger<sup>20</sup> als Präsident der Liga für die Vereinten Nationen der DDR eine Einladung erhalten. Er schlug jedoch in der Befürchtung, dass ihm das sog. alliierte Reisebüro in Westberlin<sup>21</sup> die Einreise in die USA verweigern werde, den Veranstaltern die Einladung einer für die Bevölkerung der DDR repräsentativen Gruppe vor. Diesem Vorschlag entsprechend erhielten Landesbischof Mitzenheim,<sup>22</sup> der Präsident der jüdischen Gemeinde in der DDR Helmut Aris<sup>23</sup> und der Sekretär der christlichen Friedenskonferenz Pfarrer Bassarak<sup>24</sup> die Einreisegenehmigung. Steiniger, der gemeinsam mit Aris noch zusätzlich zu einem Besuch des amerikanischen Konsulats in Westberlin bestellt wurde, erhielt kein Visum.

Während des Aufenthalts in den USA hatte Landesbischof Mitzenheim gesundheitliche Störungen zu überwinden.

Nach Einschätzung der DDR-Teilnehmer war die Beratung in New York von den amerikanischen Veranstaltern als Demonstration eines freien Meinungs-austausches gedacht. Auch der Vorsitzende der KP der USA<sup>25</sup> war eingeladen, trat aber ebenso wenig besonders in Erscheinung wie die überwiegende Mehrzahl der anderen Teilnehmer. Die allgemeine Thematik erlaubte es den führenden amerikanischen Vertretern, unterstützt durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit für die Popularisierung der Veranstaltung, formell ihre Friedens- und Verständigungsbereitschaft zu demonstrieren und zugleich harte Kontroversen und Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Allerdings kam es auch seitens der Teilnehmer westlicher Staaten zu einigen konkreten Aussagen hinsichtlich der Forderung nach einer Verständigung mit den sozialistischen Ländern und nach einer realistischeren westlichen und besonders amerikanischen Politik in Vietnam, in Mitteleuropa und in der Deutschlandfrage. Sie bewegten sich im Wesentlichen im Rahmen der Vertiefung und Weiterentwicklung der Kennedyschen Politik des »Wandels durch Annäherung«. Sie kamen vor allem zum Ausdruck in der Rede George F. Kennans,<sup>26</sup> über die auch in erster Linie die Presse berichtete.

Nach den vorliegenden Reden ging eine Reihe der Diskussionsteilnehmer von einer Interpretierung der Enzyklika aus, die das Motto für die Beratung abgab. Durch einen apostolischen Delegaten wurde auch eine Botschaft Papst Paul VI.<sup>27</sup> überbracht. Der Präsident des Zentrums für das Studium demokratischer Institutionen, Hutchins,<sup>28</sup> nannte die Beratung ausdrücklich eine politische und keine ökumenische Veranstaltung, die, ausgehend von der Enzyklika, Übereinstimmung als Grundlage gemeinsamen Handelns erzielen sollte.

Humphrey bezeichnete die Enzyklika als eine »öffentliche Philosophie für das nukleare Zeitalter«. Es sei allerdings Sache der Staatsmänner, darüber zu entscheiden, wie ihre Prinzipien anzuwenden sind. Nenni hob als zwei wesentliche Fragen der Enzyklika die Weigerung, eine Rechtfertigung für die weitere Aufrüstung anzuerkennen, und die Erkenntnis hervor, dass die geistige Abrüstung ebenso wichtig sei wie die militärische. Die Enzyklika habe besonders die Aufmerksamkeit jener Strömungen der Arbeiterbewegung gefunden, die sich »vom Dogmatismus und Sektierertum des kalten Krieges gelöst« hätten. Der Friede auf Erden sei auch eine Sache der sozialen Gerechtigkeit. Eine vorherrschende Rolle spielte das Problem der friedlichen Koexistenz. Dabei war neben der Neigung zu nur allgemeiner Behandlung bei den Rednern aus westlichen Ländern deutlich die Tendenz zu einer Übertragung des Begriffs der Koexistenz auf das Gebiet der Ideologie zu erkennen. Eine »Beschneidung« der unterschiedlichen Ideologien, wie sie sich bereits andeutete, bezeichnete Fulbright als Voraussetzung für die friedliche Koexistenz der Staaten. Der Anspruch auf eine universelle Gültigkeit einer Ideologie sei unvereinbar mit friedlicher Koexistenz. Dabei nannte Fulbright Hitler und Stalin als »historische Beispiele« dafür im gleichen Zusammenhang. Toynbee forderte die Träger der unterschiedlichen Ideologien auf, ihr Anliegen friedlich zu predigen und keine militärischen und subversiven Mittel anzuwenden. Allerdings sei »bloße Koexistenz« in der heutigen Welt ohne Durchsetzung des Willens einer Weltautorität gegen die nationalen Regierungen nicht mehr möglich.

Carlo Schmid ging von der Behauptung aus, das Besondere der Situation bestehe heute darin, dass bestimmte Staaten ihre Ideologie anderen Staaten auf[zuzwingen versuchten. Koexistenz bedeute nicht Anerkennung der bestehenden Herrschaftsbereiche und schließe das »Recht auf Demokratie und Menschenrechte« ein. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz verlangten die »deutsche Wiedervereinigung«.

Mit der Bedeutung des Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion für die Erhaltung des Friedens und weitere Abrüstungsmaßnahmen beschäftigte sich besonders Vizepräsident Humphrey. Ausgehend von dem Moskauer Teststopp-Abkommen<sup>29</sup> forderte er die Verhütung der weiteren Ausbreitung von Kernwaffen,<sup>30</sup> die Überführung von für militärische Zwecke vorgesehenen spaltbaren Materials in friedliche Verwendung und das Verbot unterirdischer Tests. Amerikanisch-sowjetische Bemühungen reichten heute jedoch nicht mehr aus. Deshalb verlangte er die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen in Asien, Afrika und Lateinamerika – klammerte aber Europa aus.

Für eine Beschränkung des Atomwaffenbesitzes auf die USA und die Sowjetunion sprach sich Toynbee aus. Konkret zur Frage einer atomwaffenfreien Zone in Europa äußerte sich Kennan (für den Rapacki-Plan)<sup>31</sup> und Schmid (gegen diesen Plan).

In der Behandlung der Deutschlandfrage ging Kennan von einer Verurteilung der »sterilen und unzulänglichen« Resultate der westlichen Politik der letzten Jahre aus, begründet auf der falschen Voraussetzung, eine deutsche Einigung und die Einbeziehung ganz Deutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis von der Sowjetunion erzwingen zu können. Eine Änderung der westlichen Politik könne ermöglicht werden durch die Garantierung größerer und militärischer Sicherheit für die östlichen Nachbarn Westdeutschlands und durch die Anerkennung der »provisorischen Existenz Ostdeutschlands«. Dabei sei eine endgültige Lösung zu vermeiden. Durch engere Kontakte aber könne eine Atmosphäre geschaffen werden, in der die »Mauer« in Berlin für ihre Schöpfer selbst überflüssig werde und in der die natürlichen zur Einigung drängenden Kräfte der modernen Gesellschaft die Bedingungen des Problems der Einigung verändern könnten.<sup>32</sup> Die bekannten Bonner Thesen, verbunden mit direkten Verleumdungen der »Zwangsherrschaft« in der DDR und der Berliner Staatsgrenze, vertrat dagegen nur Carlo Schmid.

Nach Einschätzung der DDR-Teilnehmer fand seine Rede eine geteilte Aufnahme.<sup>33</sup> Er war auch der einzige, dessen Manuskript in einer Vorbesprechung der Redner des ersten Beratungstages gekürzt wurde.

Zur deutschen Frage äußerte sich außerdem noch Pietro Nenni. Er stellte jedoch das Problem ihrer Lösung nur allgemein in den Rahmen der »Europäischen Einigung«. Besonders Nenni und Toynbee sprachen sich für eine Überwindung des Status quo, jedoch nur mit friedlichen Mitteln, aus.

Weitere wesentliche Themen der Beratung waren das Verhältnis zu den sog. Entwicklungsländern und eine politische und organisatorische Stärkung der UN. Hutchins warnte vor einer Bedrohung des Friedens durch ökonomische Ungerechtigkeiten. Humphrey begründete besonders die Notwendigkeit der »Hilfe« für die sog. Entwicklungsländer mit der Verhütung »revolutionärer Herausforderungen«. Zugleich bekräftigte er die Fortsetzung der aggressiven amerikanischen Politik in Vietnam.<sup>34</sup>

Für eine Stärkung der UN setzten sich vor allem U Thant, Hutchins und Toynbee ein. Humphrey forderte besonders eine Verbesserung der Möglichkeiten der UN für sog. Friedensaktionen wie beispielsweise im Kongo<sup>35</sup> oder am Gaza-Streifen<sup>36</sup> und sagte dafür jegliche amerikanische Unterstützung zu.

Die Vertreter der DDR traten nicht als Referenten auf. Ihre gleichberechtigte Teilnahme in New York dokumentierte jedoch, nach ihrer eigenen Einschätzung, die Existenz der DDR und unterstrich die auf der Beratung selbst erhobene Forderung nach einer realistischen Betrachtung der deutschen Frage. Der von den Bonner Vertretern erhobene Alleinvertretungsanspruch wurde auf der Beratung zwar zur Kenntnis genommen, durch die Anwesenheit der Vertreter der DDR jedoch und durch die freundschaftliche Aufnahme, die sie allgemein fanden, praktisch widerlegt. Der zur Zeit der Beratung kurz bevorstehende Staatsbesuch Walter Ulbrichts in der VAR<sup>37</sup> erhöhte, nach Einschätzung der DDR-Vertreter, das Prestige der DDR und begünstigte die Bedingungen ihrer Teilnahme.

Die Vertreter der DDR konnten Informationen über die DDR verbreiten, nach denen große Nachfrage bestand, und sie konnten wertvolle Kontakte pflegen. Es fand durch Vermittlung der sowjetischen UN-Vertretung ein kurzes freundschaftliches Gespräch mit U Thant statt. Durch Vermittlung des ADN-Korrespondenten bei den UN empfing auch Quaison Sackey die DDR-Vertreter. Eine vom Landesbischof Mitzenheim angedeutete Einladung in die DDR versprach Quaison Sackey in Erwägung zu ziehen.

Auch mit führenden kirchlichen Persönlichkeiten in den USA wurden Gespräche geführt. Während eines Empfangs der DDR-Vertreter durch den Vertreter des Weltrates der Kirchen bei den UN Dr. Smith<sup>38</sup> informierte Landesbischof Mitzenheim vor allem über die Lage der Kirche in der DDR. Helmut Aris traf mit dem Präsidenten des jüdischen Kongresses der USA Oberrabbiner Dr. Prinz<sup>39</sup> zusammen. Der Leiter des Methodistenbüros bei den UN Carl Soule<sup>40</sup> äußerte die Absicht, Anfang 1966 die DDR zu besuchen und interessierte sich auch für die Vorstellungen der DDR-Vertreter hinsichtlich einer Änderung der amerikanischen Politik gegenüber der DDR. Der derzeitige Direktor der Kommission für internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates Nolde<sup>41</sup> äußerte die Absicht, Ende dieses Monats in Verbindung mit einer Konferenz von Vertretern dieser Kommission in Berlin Staatssekretär Seigewasser<sup>42</sup> aufzusuchen.

Ein freundschaftlicher Kontakt wurde schließlich durch Vermittlung der tschechoslowakischen Vertretung bei den UN mit dem Vorsitzenden der Johnson Stiftung Paffrath<sup>43</sup> hergestellt. Paffrath bedauerte, dass Prof. Steiniger an der Beratung in New York nicht teilnehmen konnte. Im Gespräch mit ihm wurde allgemein der Gedanke erwogen, eine ähnliche Beratung einmal in der DDR durchzuführen.

1

Gemeint ist die »International Convocation to Examine the Requirements for Peace«, die in New York City vom 17. bis 20.2.1965 stattfand. Auf ihr diskutierten hochrangige internationale Politiker und Wissenschaftler die Voraussetzungen für den Frieden im Lichte der Enzyklika »Pacem in terris«. Unter den Teilnehmern, die nicht in ihrer offiziellen Position, sondern als Privatleute sprachen, waren neben den später im Bericht Erwähnten auch der Richter am internationalen Gerichtshof und frühere Präsident der UNO-Vollversammlung Muhammad Zafrulla Khan, Barbara Ward, der US-Botschafter bei der UNO Adlai E. Stevenson, der mexikanische Spitzendiplomat Luis Quintanilla del Valle, die Tochter Thomas Manns und späteres Mitglied des Club of Rome Elisabeth Mann-Borgese, der Botschafter Israels bei der UNO Michael Comay, der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Ralph Bunche sowie hohe Regierungsbeamte aus der UdSSR, Polen, Jugoslawien, Großbritannien, Japan, aus afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten. Vgl. Reed, Edward (Hg.): Peace on Earth. Pacem in terris. The proceedings of an International Convocation on the Requirements of Peace. Sponsored by the Center for the Study of Democratic Institutions. New York 1965; vgl. auch Saturday Review v. 31.2.1965, S. 19–24.

2

Am 11.4.1963 veröffentlichte Enzyklika Papst Johannes XXIII., in der sich der Papst erstmals nicht nur an die Katholiken, sondern an »alle Menschen guten Willens« wendet und zur friedlichen Lösung von Konflikten unter Achtung der Menschenrechte aufruft: Rundschreiben über den Frieden unter allen Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Rundschreiben unseres Heiligen Vaters Johannes XXIII., durch Gottes Vorsehung Papst, an die ehrwürdigen Brüder, die Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe und die anderen Oberhirten, die in Frieden und Gemeinschaft mit dem Apostolischen Stuhle leben, an den Klerus und die Christgläubigen des ganzen Erdkreises sowie an alle Menschen guten Willens über den Frieden unter allen Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Pacem in terris, offizielle deutsche Übersetzung des Vatikans. Luzern 1963.

3

Center for the Study of Democratic Institutions, Santa Barbara, Cal., USA.

4

Johnson Foundation of Racine, Wisc., USA.

5

Sithu U Thant, Jg. 1909, burmanischer Politiker, 1961–71 Generalsekretär der UNO.

6

Quaison Sackey, Jg. 1924, 1959–65 Botschafter Ghanas bei der UNO, 1964/65 Präsident der 19. UNO-Vollversammlung, 1965–66

Außenminister Ghanas in der Regierung Kwame Nkrumahs.

7

Hubert Humphrey, Jg. 1911, US-amerikanischer Politiker, 1965–69 unter Lyndon B. Johnson Vizepräsident der USA.

8

J. William Fulbright, Jg. 1905, US-amerikanischer Politiker, 1945–75 demokratischer Senator für Arkansas.

9

George F. Kennan, Jg. 1905, US-amerikanischer Politiker und Diplomat, 1952 US-Botschafter in Moskau, 1961–63 in Belgrad, als politischer Analytiker und Historiker inspirierte und begleitete er die US-Außenpolitik mit kritischer Schärfe.

10

Linus C. Pauling, Jg. 1901, Chemiker, zweifacher Nobelpreisträger (1954 für Chemie, 1962 Friedensnobelpreis), inspirierte mit seinen Aktivitäten das Atomteststoppabkommen der Nuklearmächte.

11

Pietro Nenni, Jg. 1891, italienischer sozialistischer Politiker, 1963–68 Vizepremier in der italienischen Mitte-Links-Regierung Aldo Moros.

12

Paul Henri Charles Spaak, Jg. 1899, ehemaliger belgischer Ministerpräsident und NATO-Generalsekretär, 1961–66 Außenminister Belgiens.

13

Carlo Schmid, Jg. 1896, sozialdemokratischer Politiker, 1957–65 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

14

Kurt-Georg Kiesinger, Jg. 1904, Politiker, 1958–66 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–69 deutscher Bundeskanzler.

15

Arnold Toynbee, Jg. 1889, britischer Historiker, war während des Zweiten Weltkrieges Berater des britischen Außenministeriums und des War Propaganda Bureau.

16

Jewgeni Shukow, Jg. 1907, sowjetischer Historiker, Herausgeber der »Weltgeschichte in zehn Bänden« (1953–65), 1968–79 Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

17

Im Original: »Inosemstjew«. Nikolaj Inosemzew, Jg. 1921, 1961–66 stellvertretender Chefredakteur der »Prawda«, Korrespondierendes Akademiemitglied, ab 1966 Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen.

18

Von sowjetischer Seite auch der Atomphysiker und Kollege Andrej Sacharows am Kurtschatow-Institut, 1963–67 Stellvertreter des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR und Akademiemitglied Michail D. Millionschtschikow teil, der dem Informanten des MfS offenbar nicht hinreichend bedeutsam erschien. Vgl. Prawda v. 19.2.1965.

19

Inosemzew sprach über »Die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als objektive Notwendigkeit unserer Zeit«. Prawda v. 20.2.1965.

20

Peter Alfons Steiniger, Jg. 1904, Jurist, 1965 Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht; 1950–70 Professor für Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin.

21

Gemeint ist das Allied Travel Office (ATO) in Westberlin. Diese Einrichtung beruhte auf einer Vereinbarung der NATO-Staaten, in denen die Reisedokumente der DDR nicht anerkannt wurden und gab stattdessen aufgrund eigener Kriterien Temporary Travel Documents (TTD) für DDR-Bürger aus, die in Mitgliedsstaaten der NATO und nach Australien reisen wollten. Funktionären der SED und des Staates aus der DDR wurden diese Genehmigungen aus politischen Gründen häufig verweigert.

22

Moritz Mitzenheim, Jg. 1891, evangelischer Pfarrer, 1929–45 Pfarrer in Eisenach, 1936 Bekennende Kirche, Leiter des Landesbruderrates der Bekennenden Kirche, 1947–70 Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Kirche Thüringen.

23

Helmut Aris, Jg. 1908, 1962–87 Präsident des Verbandes der jüdischen Gemeinden der DDR.

24

Gerhard Bassarak, Jg. 1918, evangelischer Theologe, 1958 Mitbegründer und Leitungsmitglied des »Weißenseer Arbeitskreises«, 1963–76 internationaler Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz.

25

Henry M. Winston, Jg. 1911, 1966–86 Vorsitzender der KPUSA, der 1964 nach Jahren des Verbots als erstes KP-Mitglied an der Universität Washington in Seattle sprechen durfte.

26

Vgl. Kennan, George F. In: Reed, Edward (Hg.): Peace on earth. Pacem in terris. The proceedings of an International Convocation on the Requirements of Peace. New York 1965, S. 77–83.

27

Papst Paul VI., Jg. 1897, Giovanni Battista Enrico Antonio Maria Montini, 1963 Nachfolger Johannes XXIII. als Oberhaupt der Katholischen Kirche.

28

Robert Maynard Hutchins, Jg. 1899, 1927–29 Dekan der Yale Law School, 1929–45 Präsident und 1945–51 Kanzler der University of Chicago, anschließend Leiter der Ford-Foundation. Hutchins gründete 1959 das Center for the Study of Democratic Institutions, um »den Zustand der demokratischen Welt und ebenso den der undemokratischen interdisziplinär zu untersuchen, weil aus der kontrastierenden Betrachtung Rückschlüsse auf deren künftige Entwicklung gezogen werden können«.

29

Im Original: »Feststopp-Abkommen«. Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, unterzeichnet am 5.8.1963 und am 10.10.1963 in Kraft getretener Vertrag zwischen der UdSSR, Großbritannien und den USA, dem bis heute alle offiziellen und inoffiziellen Atommächte bis auf Frankreich, China und Nordkorea beigetreten sind.

30

Humphrey spielt hier auf Verhandlungen an, die am 1.7.1968 zur Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von den USA, der UdSSR und Großbritannien führten. Der Vertrag trat nachdem die erforderliche Zahl weiterer Signatarstaaten erreicht war, am 5.3.1970 in Kraft.

31

Vom damaligen polnischen Außenminister Adam Rapacki am 2.10.1957 vor der UNO-Vollversammlung vorgeschlagene Plan der Einrichtung entmilitarisierter Zonen in Mitteleuropa. Rapacki schlug die Bildung einer atomwaffenfreien Zone vor, zu der Polen und die beiden deutschen Staaten gehören sollten.

32

Vgl. Kennan, George F.: Vom Umgang mit der kommunistischen Welt. Stuttgart 1965, S. 63 f.

33

Es ist bemerkenswert, dass der Bericht hier nicht die Replik Adam Schaffs erwähnt – ja selbst dessen Anwesenheit für nicht erwähnenswert erachtete –, die von sowjetischer Seite ausdrücklich hervorgehoben wurde. Vgl. Prawda v. 20.2.1965.

34

Mit der Operation »Rolling Thunder« hatten die USA am 20.2.1965 die unbefristeten Luftangriffe auf das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam begonnen, in deren Verlauf ca. 70 000 Nordvietnamesen getötet wurden und die USA 938 Flugzeuge verloren.

35

Die UN-Operation im Kongo (ONUC) fand von Juli 1960 bis Juni 1964 statt und sollte den Abzug der belgischen Kolonialtruppen sichern sowie die territoriale Integrität des Kongo gegen fremdes Militär, paramilitärische Verbände, feindliches Personal, das nicht unter UN-Kommando stand, sowie Söldner gewährleisten.

36

Mit der United Nations Emergency Force I (UNEF I) sicherten die UN 1965–67 die Waffenstillstandslinie zwischen Ägypten und Israel zwischen Sinai-Halbinsel und Negev-Wüste sowie dem südwestlichen Teil des Gazastreifens und Israel.

37

Auf Einladung des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser hielt sich Walter Ulbricht in seiner offiziellen Funktion als Vorsitzender des Staatsrates der DDR vom 24.2. bis 2.3.1965 zu einem Freundschaftsbesuch (»good will mission«) in der Vereinigten Arabischen Republik auf.

38

Gemeint ist der Ökumenische Rat der Kirchen – World Church Council.

39

Joachim Prinz, Jg. 1902, 1925 als Rabbiner in Breslau ordiniert, 1937 aus Deutschland vertrieben, Exil in den USA, 1939 Rabbiner im Temple B'nai Abraham in Newark (New Jersey), 1958–66 Präsident des American Jewish Congress, sprach am 28.8.1963 unmittelbar vor Martin Luther King auf der Abschlusskundgebung des Civil Rights March in Washington.

40

Carl Soule, Jg. 1906, US-amerikanischer methodistischer Theologe, 1960 als Exekutivsekretär des Vereinigten Methodistischen Dienstes Vertreter seiner Kirche bei den UN 1965 Vertreter der Christlichen Friedenskonferenz bei den UN.

41

Frederick Nolde, Jg. 1899, Dekan der Graduate School am Lutherischen Theologischen Seminar in Philadelphia, Mitautor der 1948 von den UN angenommenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

42

Hans Seigewasser, Jg. 1905, 1921 USPD, 1922 SPD, 1931 SAPD, 1932 KPD, 1934 verhaftet, fünf Jahre Zuchthaus wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, bis 1945 in KZ-Haft, 1946–50 persönlicher Mitarbeiter von Franz Dahlem, 1960–79 Staatssekretär für Kirchenfragen.

43

Im Original durchgehend: »Pfaffrath«. Leslie Paffrath, Jg. 1915, 1958–79 Direktor der Johnson Foundation of Racine.